



Stellungnahme zum Corona-Stufenplan 2.0

Entwurf der Niedersächsischen Landesregierung vom 02.02.2021

Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. hat bereits im Sommer 2020 ausführlich zu den Problemen im Kontext der Corona-Pandemie Stellung genommen und Lösungen aufgezeigt. Das **LFRN-Forderungspapier zur Anpassung der Maßnahmen an die Lebenswirklichkeit von Frauen und LSBTTIQ* in Zeiten der aktuellen Covid-19-Pandemie** ist dieser Stellungnahme beigelegt.

Frauen in der Corona-Krise

Frauen tragen bereits jetzt die Hauptlast der Corona-Maßnahmen. Sie reduzieren weitaus häufiger als Männer wegen familiärer Care-Arbeiten ihre Erwerbsarbeit oder geben sie ganz auf. Zudem arbeiten Frauen überproportional in Teilzeit und in schlecht bezahlten Berufen, in Minijobs und als Soloselbstständige. In der Corona-Pandemie verschärfen sich diese Probleme und werden deutlich sichtbar in der Retraditionalisierung der Geschlechterrollen. Durch die Einschränkungen spitzt sich zudem die Situation von besonders vulnerablen Gruppen zu. In besonderem Maße sind hier unter anderem Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt, Betroffene von Menschenhandel, Prostituierte, Geflüchtete und Menschen in Armut betroffen.

Geschlechtergerechte Politik

Der Vorstand des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. fordert zum Stufenplan 2.0 ein entsprechendes **Corona-Begleitprogramm** zur Abmilderung der sozialen und geschlechterpolitischen Härten und Risiken sowie die stärkere Förderung der Forschung und Weiterentwicklung der Corona-Schutzmaßnahmen und Prävention:

- Von Corona-Hilfsmaßnahmen und Konjunkturpaketen müssen Personen unabhängig von ihrem Geschlecht gleichermaßen profitieren.
- Staatliche Hilfen für Unternehmen müssen an die Förderung von mehr Geschlechtergerechtigkeit, zum Beispiel durch Quoten, gekoppelt werden.
- Die Fördermittel und Hilfsmaßnahmen müssen geschlechtergerecht eingesetzt und verteilt werden entsprechend eines Gender-Budgeting.
- Bei allen Maßnahmen vulnerable Gruppen als Zielgruppe im Blick haben.
- Verstärkt Anreize für eine partnerschaftliche Verteilung der Care-Arbeit zu schaffen als Schritt in Richtung tatsächlicher Gleichstellung; die Notfallbetreuung nicht nur für sog. systemrelevante Berufe offenhalten.

- Frauen und LSBTI* vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen und die Arbeit der Beratungs- und Unterstützungssysteme finanziell abzusichern.
- Alle Maßnahmen unter genderspezifischen Gesichtspunkten mit Blick auf die die Auswirkungen auf die Geschlechter zu evaluieren.
- Die Einbeziehung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit in die Entscheidungsprozesse und Maßnahmenentwicklung bei der Bekämpfung der Pandemie.

Hannover, 04.02.2021